

Werner Plum (Hg.)

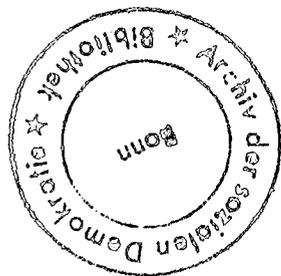
Ungewöhnliche Normalisierung

**Beziehungen der Bundesrepublik
Deutschland zu Polen**

Mit Beiträgen von

Udo Arnold, Peter Bender, Dieter Bingen, Klaus von Bismarck,
Alfred Blumenfeld, Erich Brost, Karl Dédecius,
Marion Gräfin Dönhoff, Ludwig Elsing, Gottfried Erb,
Walter Fabian, Heinrich Grüber, Horst Harnischfeger,
Uwe-Peter Heidingsfeld, Christoph Heubner,
Hans-Adolf Jacobsen, Erwin Kristoffersen, Hans Georg Lehmann,
Walter Mertineit, Antonín Měšťan, Susanne Miller,
Heinrich Pfeiffer, Werner Plum, Klaus Reiff, Gotthold Rhode,
Doris Schenk, Manfred von Scheven, Carlo Schmid,
Hansjakob Stehle, Rüdiger Stephan

Verlag Neue Gesellschaft



ISBN 3-87831-381-0

Copyright © 1984 by Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2
Umschlag: Karl Debus, Bonn
Herstellung: Gerd Ernst
Satz: Satzstudio Hülskötter, Burscheid-Dürscheid
Druck und Verarbeitung: braunschweig druck GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1984

A84-265

Inhalt

<i>Werner Plum</i> Ungewöhnliche Normalisierung	9
 <i>Rückblicke</i>	
<i>Marion Gräfin Dönhoff</i> Nachbarn seit tausend Jahren	25
<i>Erich Brost</i> Seit 1936: Das neue Verhältnis deutscher Sozialdemokraten zu Polen. Ein Augenzeugenbericht	29
<i>Hans Georg Lehmann</i> Die deutsch-polnische Grenzfrage. Eine Einführung in den Oder-Neiße-Konflikt	37
<i>Ludwig Elsing</i> Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970	55
 <i>Begegnungen</i>	
<i>Walter Fabian</i> Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland	69
<i>Erwin Kristoffersen</i> Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen	75
<i>Manfred von Scheven</i> Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Das Beispiel der Städte Bremen und Danzig/Gdańsk	81
<i>Christoph Heubner</i> Beginn eines Weges — Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste in der Volksrepublik Polen	89
<i>Susanne Miller</i> Wiedersehen mit Polen im April 1983. Persönliche Eindrücke	95

Gotthold Rhode
Die Lindenfelser Gespräche. Ein früher Versuch deutsch-polnischer
Verständigung 99

Karl Dedecius
Polnische Literatur in der Bundesrepublik 107

Christen hüben und drüben

Heinrich Grüber
Ein deutscher Prediger in Warschau 123

Auszüge aus der Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands
„Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes
zu seinen östlichen Nachbarn“ 129

Klaus von Bismarck
Ein evangelischer Christ erfährt Polen 133

Uwe-Peter Heidingsfeld
Verbindungen evangelischer Christen mit Polen 139

Schriftwechsel zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat
am 18. November 1965 und 5. Dezember 1965 149

Hansjakob Stehle
Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze 155

Gottfried Erb
Das Memorandum des Bensberger Kreises zur Polenpolitik 179

Schule und Forschung

Carlo Schmid
Besuch der Universitäten in Warschau und Krakau. Tagebuch einer
Polenreise im Jahre 1958 191

Einführung von Carlo Schmid in seine Warschauer und Krakauer
Vorlesungen 203

Susanne Miller
In Erinnerung an Georg Eckert (14. August 1912 bis 7. Januar 1974),
Initiator der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen 205

Walter Mertineit
Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen. Eine Zwischenbilanz 209

Hans-Adolf Jacobsen
Fünf Jahre Partnerschaft der Universitäten Bonn und Warschau
(1978 bis 1983) — Genesis und erste Bilanz aus deutscher Sicht 219

Antonín Měšťan
Probleme der Förderung einer wissenschaftlichen Polonistik an den
Universitäten der Bundesrepublik Deutschland 227

Gotthold Rhode
Dreißig Jahre Forschungen zur Geschichte Polens.
Veröffentlichungen der Historisch-Landeskundlichen Kommission
für Posen und das Deutschtum in Polen 1950 bis 1983 237

Udo Arnold
Die Historische Kommission für ost- und westpreußische
Landesforschung — Kooperation über die Grenzen 245

Dieter Bingen
Die Polenforschung im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche
und internationale Studien 253

Institute und Stiftungen

Karl Dedecius
Deutsches Polen-Institut Darmstadt 263

Alfred Blumenfeld
Das Forum der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik
Polen 267

Horst Harnischfeger
Kulturaustausch mit Polen durch das Goethe-Institut 273

Doris Schenk
Die wissenschaftlichen Beziehungen der Deutschen
Forschungsgemeinschaft zur Polnischen Akademie der Wissenschaften 279

Rüdiger Stephan
Die Robert Bosch Stiftung und die deutsch-polnischen Beziehungen 281

Heinrich Pfeiffer
Förderung polnischer Wissenschaftler durch die Alexander von Humboldt-
Stiftung 287

<i>Klaus Reiff</i>	
Journalistenaustausch, Regionalplanung und Schulbuchkonferenzen: Schwerpunkte der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Zusammenarbeit mit Polen	289

Ausblick

<i>Peter Bender</i>	
Europa braucht ein starkes Polen	295

Anhang

Die Autoren des Sammelbandes

1. Biographische Notizen	307
2. Werke über Polen	311

Polen-Bibliographien der an diesem Sammelband mitarbeitenden

<i>Institutionen</i>	315
----------------------------	-----

<i>Personenregister</i>	321
-------------------------------	-----

- Georges Castellan, „Geschichte des polnischen Katholizismus 1795—1982“, Freiburg/Br. 1983.
- Martin Broszat, „Nationalistische Polenpolitik 1939—1945“, Stuttgart 1961; „200 Jahre deutsche Polenpolitik“, München 1972.
- Hansjakob Stehle, „Nachbar Polen“, Frankfurt/Main [Neuausgabe] 1968; „Die Ostpolitik des Vatikans 1917—1975“, München 1975; „Ein Briefwechsel der Kardinäle Döpfner und Wyszyński“, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Nr. 3/83; „Der Vatikan und die Oder-Neiße-Grenze“, in: „Europa-Archiv“, Nr. 16/1972; „Polen — Deutschland — Rom. Zum historischen Hintergrund eines bischöflichen Dialogs“, in: „Herder-Korrespondenz“, Nr. 1/1979.
- Franz Manthey, „Polnische Kirchengeschichte“, Hildesheim 1965.
- Jan Zaborowski, „Kościół nad Odrą i Nysą“, Warszawa 1969.
- Kardinal Wyszynski, „Für Freiheit und Menschenwürde. Ansprachen zur Tausendjahrfeier des christlichen Polen“, Limburg/Lahn 1966.
- Otto B. Roegele, „Versöhnung oder Haß? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen“, Osnabrück 1966.
- Andrzej Micewski, „Kardynał Wyszyński. Prymas i Mąż Stanu“, Paris 1982.
- Oskar Neisinger, „Stefan Cardinal Wyszyński, Karol Cardinal Wojtyła — Begegnungen in Deutschland“, Würzburg 1978.
- Rudolf Hammerschmidt, „Eine Pilgerreise durch Polen“ (Reise der deutschen Bischöfe vom 11.—15. September 1980), Kevelaer 1980.

Meinem Vater, Alfons Erb, zu seinem 76. Geburtstag gewidmet.
[Der Herausgeber dieses Bandes schließt sich der Widmung mit dem Dank an Alfons Erb für seine besonnene und energische Bemühung um die Wiederbegründung guter Nachbarschaft zwischen Deutschland und Frankreich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg an.]

Auch mit Anstrengungen wird es nicht gelingen, die politische Atmosphäre der Jahre 1966 bis 1968 zu vermitteln. Heute wirken Äußerungen wie die des Bundesinnenministers Zimmermann im Wahlkampf, nach denen die Oder-Neiße-Frage immer noch nicht als erledigt zu gelten habe, abstrus und haben allenfalls wahlaktische Rationalität. Damals war es zwar nicht umgekehrt, aber doch ein Wagnis, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze das Wort zu reden.

Die EKD-Denkschrift vom Jahre 1965 hatte schon enormes Aufsehen erregt, obwohl sie soweit gar nicht ging, sondern eher im Vorfeld solcher Konsequenzen Überlegungen anstellte. In dieser Situation setzten sich „Freunde von Pax Christi“, so nannten sich die Einladenden (unter ihnen Walter Dirks), zusammen, um sich als Katholiken an einige politisch heikle Themen wie die kirchlichen Positionen zum Vietnamkrieg, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und eben zum polnisch-deutschen Verhältnis gründlicher als bisher heranzumachen. Gerade in der „Polen-Frage“ gab es keine klaren politischen Optionen von Anbeginn. Sie kristallisierten sich erst im Laufe der Zeit heraus. Das erklärt wohl am meisten, warum es fast zwei Jahre dauerte, bis das „Memorandum zu den polnisch-deutschen Fragen“ abstimmungsreif war.

Die Versammlung in der Thomas-Morus-Akademie zu Bensberg bei Köln beauftragte eine ziemlich heterogen zusammengesetzte Gruppe, den Entwurf auszuarbeiten. Bestand denn irgendeine Aussicht, daß sich Leute wie Otto B. Roegele, Paul Mikat, Georg Smolka, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Walter Dirks, Eugen Kogon, Peter Nellen usw. überhaupt auf etwas einigten, was mindestens nicht hinter den Aussagen der EKD-Denkschrift zurückblieb und deutlich über die enttäuschende Antwort der westdeutschen Bischöfe auf einen sehr mutigen Brief ihrer polnischen Amtskollegen hinausging? Jedenfalls glaubten es viele, weil doch das Reformkonzil die Fronten im deutschen Katholizismus aufgebrochen zu haben schien und wenigstens in der Polenfrage die Aufgabe alter Positionen so überfällig war, daß man auch politisch Konservativen eine Revision zutrauen konnte. Die Hoffnung wurde später nicht ganz enttäuscht. Immerhin unterschrieben das Memorandum Leute wie Josef Ratzinger, damals Professor, heute Kurienkardinal, und der Philosoph Max Müller. In der „Polenkommission“ indessen mißlang der Konsens. Spätestens nachdem die Entscheidung in der Oder-Neiße-Sache gefallen

war, verließen alle eher rechts einzustufenden Mitglieder den Kreis. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß die Zweifel auch bei denen groß waren, die weiter arbeiteten. Ich erinnere mich noch gut an die beschwörenden Appelle des sonst so mutigen Freundes Peter Nellen. Er warnte davor, übrigens auf dringende Bitten Herbert Wehners hin, jetzt schon eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu fordern. So ging die Abstimmung für die Formel, die in den endgültigen Text einging, denkbar knapp aus. Auch sie war schon ein Kompromiß. Im Memorandum heißt es, daß es „für uns Deutsche unausweichlich“ sei, „uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir die Rückkehr der Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können“¹. Hinter dieser heute merkwürdig klingenden Formulierung steckt ein Trick. Die einen wollten damit eine Europäisierung der Oder-Neiße-Gebiete, wie sie der CDU-Abgeordnete und Vertriebenenvertreter Herbert Czaja propagierte, als Lösung nicht ausschließen, die anderen, die solches für unsinnig und illusionär hielten, vermuteten, übrigens zu Recht, daß jeder nur eine endgültige Abtretung an Polen herauslesen würde. Meines Wissens hat nur ein polnischer Freund die Hintertür entdeckt.

Nicht lange dauerte es, da waren alle froh, daß wenigstens dieser Kompromiß durchgegangen war. Der skandalhungrige katholische Journalist Vielain später BILD-Redakteur, deckte in der damaligen Wochenzeitung „Echo der Zeit“ unser Vorhaben auf. Bis heute weiß keiner, von wem die Indiskretion stammte. Aber, was offensichtlich als Coup gegen das Projekt geplant war, bewirkte das Gegenteil. Eine Neugier in erstaunlichen Ausmaßen wurde angefacht. Das Echo in der Presse und in vielen „interessierten Kreisen“ war enorm. Aber was hatte es schon zu bedeuten, daß eine kleine Gruppe kritischer Katholiken, wenn auch bekannte Namen unter ihnen waren, sich an ein Tabu deutscher Ostpolitik heranwagten, dazu noch zögernd und auch zagend? Man muß wieder auf die Atmosphäre von damals verweisen, um wenigstens Ansatzpunkte einer Erklärung zu finden. Nur ganz wenige hatte es vorher gegeben, die von der nationalen Doktrin des Deutschlands in den Grenzen des Jahres 1937 Abstriche machten und das öffentlich bekundeten. Dennoch war die Erkenntnis, daß hier nur endgültig Verlorenes mit Rechtsstandpunkten verteidigt wurde, wenig verbreitet als die meisten, auch wir, ahnen konnten. Einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach zufolge, betrug der Anteil derer, die eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Tausch gegen ein besseres Verhältnis zum Osten befürworteten, Ende 1967 53 Prozent. Gegen diese Anerkennung sprachen sich nur 33 Prozent der Befragten aus. 9 Prozent waren unentschieden, 5 Prozent hatten kein Urteil². Dieser Meinungswandel hatte noch kaum Öffentlichkeitsbedeutung. Der Bensberger Kreis brachte so zum Reden, was allenfalls hinter vorgehaltener Hand zugegeben wurde. Infolgedessen war das Memorandum für viele ein erlösendes Wort. Gerade diese Virulenz mußten die gespürt haben, die am Status quo der Forderungen interessiert waren, insbesondere die Vertriebenenvertreter. Wie sonst soll man sich ihre zuweilen hysterische Reak-

tion erklären? Ja, daß sie sich überhaupt so zahlreich und so schnell auf eine Polemik mit dem kleinen Kreis einließen, zeigte Unsicherheit. Zu spät erkannten sie, wie ausgiebig gerade sie selbst dazu beigetragen hatten, den Kreis interessant zu machen. Einer sagte uns später einmal, wie sie, die Repräsentanten von Millionen von Vertriebenen, eigentlich dazu kämen, sich in dieser Weise um eine Gruppe von 50 Leuten zu scheren. Aber sie taten es und der Bensberger Kreis hatte keinen Grund, sich nicht darauf einzulassen. Natürlich gefiel es uns auch, so ernst genommen zu werden, das Prestige des Kreises wachsen zu sehen. Doch da war neben der Eitelkeit deutlich anderes im Spiel. Nicht nur die Vertriebenen und Flüchtlinge unter uns³ haben die Trauer um den Heimatverlust gespürt, die auch hinter den Aggressionen steckte und bei anderen zu respektieren gesucht, was sie von sich selber kannten. Den Bensbergern ist auch Fairness begegnet. Vor allem bei dem früheren Staatssekretär des Vertriebenenministeriums Nahm.

Allerdings überwogen die Polemik und die Verdächtigungen. Vielain hatte eine große Konspiration am Werke gesehen: Kardinal Döpfner hätte seine Hände im Spiel, Polen machten ihren Einfluß geltend und der Essener Katholikentag von 1968 sollte die Bühne für eine erste Präsentation der Bensberger Thesen abgeben. Obwohl nichts davon stimmte, machte es seine Runde, am meisten die Sorge, Kardinal Döpfner, damals Präsident von Pax Christi, stünde dahinter. Der Kardinal, auch im übrigen das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, wurde zwar von dem Vorhaben informiert, nicht aber über Inhalte. Schon gar nicht wurde er um Unterstützung in der Sache angegangen. Allerdings war Alfons Erb, Vizepräsident von Pax Christi, Mitglied der Polen-Kommission des Bensberger Kreises, jedoch wie alle anderen nicht mit der Absicht, die offizielle katholische Friedensorganisation auf irgend etwas zu verpflichten. Die „Freunde von Pax Christi“ hatten sich ja gerade als autonome Gruppe in Bensberg zusammengefunden, weil es unmöglich war, vergleichbares bei Pax Christi zu erreichen. Kardinal Döpfner war hauptsächlich daran gelegen, wie er auch öffentlich erklärte, daß eine Stellungnahme herauskomme, die mit Vertretern der Heimatvertriebenen „abgestimmt“ war. „Durch eine einseitige Erklärung“, so berichtete KNA am 23. Januar 1968, „würde nämlich nur ein unnötiges Zerwürfnis innerhalb der Kirche entstehen, das nicht im Interesse der Sache liegen könne“.

Nach der Indiskretion arbeitete die Polen-Kommission des Bensberger Kreises unter dem Druck der Gewißheit, daß, was auch immer sie formulieren würde, mit großer Resonanz rechnen konnte. Die Ängstlichkeit nahm ab. Der Mut, sich aus den Positionen der Vergangenheit zu lösen, wuchs. Auch Peter Nellen änderte seine Meinung. Dieser Prozeß wurde noch sichtbarer, nachdem zwei weitere Indiskretionen, ebenfalls noch unbekanntem Ursprungs, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten. Im Abstand von wenigen Wochen verbreitete die Deutsche Presseagentur Auszüge aus zwei Entwürfen⁴. Für die Wenigen, die intensiv an dem Memorandum arbeiteten, war es eine hektische Zeit. DPA hatte richtige Texte in Umlauf gegeben, so daß die politische Auseinandersetzung über unsere Aussagen

1 „Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“, Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1968, S. 18.

2 FAZ vom 6. Dezember 1967.

3 In der Dreier-Delegation des Kreises, die mit den Vertretern der Vertriebenenverbände Gespräche führte, waren es zwei.

4 Insgesamt hat es 10 Entwürfe gegeben.

begann, ehe wir endgültig verabschiedet hatten. Die wildesten Spekulationen über den Kreis, über einzelne von uns, über unsere Kontakte, über unsere Strategie, ja über eheliche Beziehungen grassierten. Das war nicht nur ärgerlich, das machte auch Spaß. Bei allen Umtrieben wurde die Anstrengung größer, die Qualität der Aussagen in Stil und Inhalt zu steigern, denn es war klar geworden, daß wir nun nicht mehr in betulicher Ruhe Analysen und Forderungen formulieren konnten, die nur wenige registrierten. Es kam darauf an, Worte zu finden, die gleichermaßen bei Polen und bei Deutschen Gehör fanden. Immer wieder neue Redaktionskomitees bearbeiteten den Text. Wer das Memorandum nachliest, wird dennoch spüren, daß die vielen Köche den Brei nicht verdorben haben. Einige der besten Sätze gehen übrigens auf Walter Dirks zurück.

Der vorletzte Entwurf wurde 18 Vertriebenenvertretern unterbreitet. Über ihn fand dann das schon erwähnte Gespräch statt, zu dem die Polen-Kommission Manfred Seidler, Norbert Greinacher und mich delegierte. Die Diskussion war freundlich bis hart. In den entscheidenden Fragen kam keine Einigung zustande. Nach allem, was der Bensberger Kreis vorher schon zu hören bekommen hatte, war sie auch nicht zu erwarten. Die Bischofskonferenz bedauerte in einer Verlautbarung vom März 1968, daß die Ausgleichsbemühungen ihres Vorsitzenden, Kardinal Döpfner, ohne Erfolg geblieben seien. Die Bischöfe kündigten den „Versuch an, in Verbindung mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken Mißverständnisse zu klären und die geschichtlichen und politischen, vor allem aber die sittlichen und religiösen Fragen auf der breiten Basis der verschiedenen katholischen Gruppen zu behandeln“. Später wurde durch das Zentralkomitee eine Arbeitsgruppe gegründet, an der auch „Bensberger“ beteiligt waren.

Nach dem Gespräch mit den Vertriebenenvertretern änderte und ergänzte die Polen-Kommission ihren Entwurf noch einmal, um ihn dann der Vollversammlung des Bensberger Kreises am 5. März 1968 zu unterbreiten. Er wurde von allen anwesenden 53 Mitgliedern gut geheißen. Als das Memorandum gedruckt wurde, hatten es 160 unterschrieben, unter ihnen viele bekannte Namen. Noch einmal gingen die wesentlichen Aussagen durch die Presse. Der Bensberger Kreis hat mehr als 1.500 Presseauschnitte gesammelt. Es folgten Podiumsdiskussionen, Radio-sendungen, Fernsehinterviews und unzählige Gespräche in kleinen oder größeren Kreisen. Viele Politiker äußerten sich und auch sonst nahmen viele exponierte Persönlichkeiten Stellung. Die Reaktion war überwiegend positiv. Sie reichte auch weit in das CDU-Lager. Sogar in der konservativen Presse waren zustimmende oder doch abwägende Kommentare zu finden. Ein Hauptzweck des Memorandums wurde also auf Anhieb erreicht: Diskussionen anzustiften über das lange tabuisierte Verhältnis zwischen Polen und Deutschen, insbesondere über die vielen heiklen Fragen, die es belasteten. Freilich war dieser Prozeß durch die Indiskretionen schon vor der Verabschiedung des Textes in der Vollversammlung des Bensberger Kreises in Gang gekommen.

So wurde fortgesetzt, was schon die EKD-Denkschrift bereits hervorgebracht hatte und ein Defizit auf katholischer Seite ein Stück weit (der Bensberger Kreis hat immer nur für sich und nicht für den deutschen Katholizismus gesprochen) abgedeckt, das die deutschen Bischöfe in ihrer Antwort auf die Botschaft der polnischen Bischöfe aufzufüllen nicht in der Lage waren.

Genau diese Funktion haben auch viele Polen den Äußerungen der Bensberger zugesprochen. Die Reaktion war allerdings unterschiedlich. In ihrer Ausgiebigkeit war sie bemerkenswert. Das erklärt sich wohl aus dem großen Echo, das die Bensberger Thesen in der Bundesrepublik erfuhren. Daran ließ sich für die Polen in nicht unerheblichem Maße ablesen, wie weit das Bewußtsein zur Revision alter Standpunkte hierzulande gediehen war. Das Bensberger Memorandum konnte so gesehen als Test interpretiert werden.

Die offiziellen oder doch offiziellen Publikationsorgane äußerten sich keineswegs einheitlich. Das mag unter anderem auf einer Verwirrung in den offiziellen Kreisen zurückzuführen sein, denn so weitgehende Forderungen nach einer Revision deutscher Polenpolitik waren wohl doch nicht ausgerechnet von katholischer Seite zu erwarten. Noch mehr dürfte eine Rolle gespielt haben, daß eine Einstellung auf veränderte deutsche Politik in der kommunistischen Partei Polens sicher umstritten war. Im Warschauer Pakt war ja auf Druck der Sowjetunion ein Junktim vereinbart worden, das außer der Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auch die nach Anerkennung der DDR, nach Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik Deutschland und nach Annullierung des Münchener Abkommens umfaßte. Eines der Probleme, so auch die Oder-Neiße-Frage, isoliert zu lösen, war also gegen die strategische Rason der osteuropäischen Allianz, wenigstens zu diesem Zeitpunkt noch.

Die Zeitschrift der polnischen Atheistenvereinigung, „Argumenty“ (24. März 1968), leugnete das vom christlichen Geist getragene politische Verantwortungsbewußtsein der Bensberger Autoren. Das Hauptmotiv sah das Blatt vielmehr in folgendem Textfragment: „Vollziehen wir die notwendigen Einsichten (in bezug auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) erst dann, wenn die Geschichte über sie schon zur Tagesordnung übergegangen ist, bedeutet das nicht einmal mehr eine Geste“. „Słowo Powszechnie“, die Zeitung der systemkonformen katholischen „Pax-Gruppe“, sah hinter der „vorgegebenen“ Intention des Bensberger Kreises sogar einen von der Regierung in Bonn gesteuerten feindlichen Vorstoß gegen Polen und die DDR. Die Isolierung Polens im sozialistischen Lager und „schließlich das Verschlingen der DDR“ sei beabsichtigt. Was die DDR angeht, so ist das offensichtlich eine Anspielung auf die von Brzezinski und Kissinger (damals beide einflußreiche Politik-Professoren in den USA) formulierte Konzept, nachdem die Bundesrepublik schrittweise mit allen Ländern des Ostblocks Beziehung aufnehmen sollte, um die DDR zu isolieren und so einen Druck zur Wiedervereinigung zu erzeugen. Der frühere Außenminister Schröder (CDU) schien sich mit seiner „neuen Ostpolitik“ auf diese Strategie eingelassen zu haben. „Życie Warszawy“, eine der großen offiziellen Tageszeitungen Polens, argumentierte zunächst ähnlich, interpretierte allerdings später die politischen Optionen des Memorandums als Abweichung von der Bonner Politik. In der „Trybuna Ludu“, dem Organ der kommunistischen Partei (2. März 1968), hieß es ganz anders: „Wir erkennen die Absicht der fortschrittlichen Gruppe der katholischen Laien völlig an und sind uns ihrer schwierigen Situation bewußt“. Überwiegend positiv reagierten die katholischen Kreise. Am 12. September 1968 schrieb Kardinal Wyszyński im Namen des gesamten polnischen Episkopats an den Bensberger Kreis: „Es ist für uns eine Freude, Ihnen danken zu dürfen für Ihren christlichen Mut, Ihren ehrlichen guten

Willen und Ihren internationalen Weitblick . . . Die Seiten Ihres wohl durchdachten Memorandums sind getragen vom Geist des Evangeliums: Man spürt ihn auf Schritt und Tritt.“ Dieses Lob kann auch als deutliche Kritik an den westdeutschen Bischöfen gedeutet werden.

Was hatte eigentlich soviel Aufregung erzeugt bzw. soviel Aufmerksamkeit, ja Zustimmung gefunden? Die Aussage zum Oder-Neiße-Problem wurde schon zitiert. Sie war natürlich das Kernstück der Kontroverse. Sie steht aber am Ende einer komplexen Argumentation, ohne die sie nicht nur unverständlich bleibt, sondern auch ihre positive Wirkung bei der beabsichtigten Bewußtseinsbildung nicht hätte erreichen können. Die enormen Hypothesen der Vergangenheit, hauptsächlich durch aggressive deutsche Politik gegenüber Polen entstanden, wurden benannt, die heutige Lage, darunter der Verlust der deutschen Ostgebiete und deren Besiedlung durch Polen, als Ergebnis nationalsozialistischen Imperialismus und Terrors, gerade in Polen festgestellt. Die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten sah man ebenfalls als Folge dieser Politik und nannte sie dann aber auch ein Unrecht. Das von den Vertriebenenverbänden bis heute reklamierte Heimatrecht wurde positiv aufgegriffen und als Desiderat des Völkerrechts angesehen. „Niemand soll gegen seinen Willen aus dem Land, das er bewohnt, aus dem persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebenszusammenhang, in dem er aufgewachsen ist und sein Leben entfaltet hat, herausgerissen werden“, so lautete die Definition des Memorandums. Aber genau dieses Recht müsse man auch den in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebenden Polen zusprechen. Die Vertriebenen wurden an den Gewaltverzicht erinnert, zu dem sie sich in vielen Deklarationen bekannt hatten, und der ja eine Vertreibung der Polen ausschließe. So sah man das Heimatrecht der Polen wachsen und das der Vertriebenen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat geschaffen hatten, abnehmen. Das Recht der Polen, nun ihrerseits nicht durch Vertreibung die neugewonnene Heimat zu verlieren, war der entscheidende Grund für die Forderung nach Verzicht der Ostgebiete und nicht etwa ein machtpolitisches Kalkül, das die Wiedergewinnung der Gebiete für aussichtslos erklärte.

Dem Bensberger Kreis kam es darüber hinaus entscheidend darauf an, diesen Verzicht in einen Prozeß der Versöhnung zwischen den Völkern und der Verständigung zwischen den Staaten einzubringen. Ohne eine Gebietsregelung hatte nichts weiteres Aussicht auf Erfolg. Mit Recht wird von polnischer Seite bis heute gerade das zur *conditio qua non* erklärt. Deshalb hat der Bensberger Kreis sich besonders ausführlich zu dieser Frage geäußert, ohne allerdings dabei stehenzubleiben.

Der Umgang mit der Geschichte war uns wichtig. Gegen die Bilanzen des Unrechts, wie sie manche aufzumachen suchten, wandte das Memorandum ein: „Weder der Versöhnung der Völker noch der Zukunft ihrer Staaten ist gedient, wenn sie Schuldkonten gegeneinander aufrechnen. Dem Frieden dient vielmehr, wenn jede Seite sich bemüht, nicht zu leicht zu wägen, was sie gern vergäße. . . . Auch für die weiter zurückliegende Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen ist das Aufrechnungsverfahren unfruchtbar. Hingegen wird es das gegenseitige Verständnis fördern, wenn diese Geschichte nach Kräften geklärt wird. Dabei wird deutlich werden, daß sie keineswegs mit einer Chronologie der Zusammenstöße identisch, sondern ebenso eine Geschichte fruchtbarer Nachbarschaft und kulturel-

ler Gemeinsamkeit ist“ (S. 9). Die Historiker beider Länder wurden aufgefordert, „sich in getrennter und gemeinsamer Forschung um übereinstimmende Vorstellungen vom Gang der Geschichte zu bemühen“ (S. 10). Auch die Revision von Schulbüchern wurde angeregt. 1972 kam es unter dem Patronat der UNESCO zur Gründung einer Schulbuchkommission zwischen Polen und Deutschen, die nach jahrelanger Arbeit Empfehlungen herausgab, die schon ein beträchtlicher Erfolg waren. In Polen wurden sie positiv aufgenommen, in der Bundesrepublik dagegen gab es heftige Kritik. Einige CDU/CSU-Kultusminister in den Bundesländern waren nicht bereit, den Empfehlungen in wichtigen Teilen zu folgen⁵.

„Ein Schritt zur Versöhnung, der keinen Aufschub duldet, ist die Wiedergutmachung an den polnischen Opfern des nationalsozialistischen Terrors . . . Die Unterzeichner des vorliegenden Memorandums sind der Meinung, daß es unerträglich ist, wenn 23 Jahre nach Kriegsende die polnischen ehemaligen KZ-Häftlinge nicht ebenso entschädigt worden sind wie ihre Leidensgefährten aus den westlichen Ländern.“ (S. 22) Diese Forderung war uns besonders wichtig. Formuliert hat sie Alfons Erb. Er war es auch, der zunächst im Rahmen von Pax Christi einen Fonds begründete, aus dem besonders schwergeschädigten Überlebenden aus den KZ's Hilfen zuteil wurden. Was hier begonnen worden war, brachte er später in das durch seine unermüdliche Vorarbeit zustande gekommene Maximilian-Kolbe-Werk ein. Heute sind es tausende Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Polen, denen durch dieses Werk stetig und wirksam geholfen wird. Gerade diese Arbeit hat unübersehbar viel zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen beigetragen⁶. Diese private, von vielen kirchlichen Verbänden und von den Bischöfen unterstützte Aktion sollte nie Ansprüche abgelten, die im Bensberger Memorandum den geschädigten Polen an den deutschen Staat zugesprochen wurden. Solche Ansprüche wurden denn auch im Jahre 1973 von der polnischen Regierung für etwa 200.000 ehemalige polnische Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern geltend gemacht. Die Bundesrepublik hatte vorher schon 100 Millionen DM für Opfer pseudo-medizinischer Versuche in Konzentrationslagern des Dritten Reiches zugesagt. Nach schwierigen Verhandlungen kam es 1975 zu mehreren Abkommen, nach denen die Bundesrepublik 1 Mrd. DM als Finanzkredit bewilligte und 1,3 Mrd. DM zur Verfügung stellte, um Ansprüche aus Unfall- und Rentenversicherungen pauschal abzugelten. Damit glaubte man, die Entschädigung der KZ-Opfer abgeschlossen zu haben, eine mehr als kleinliche „Lösung“ dieses gravierenden menschlichen Problems. Zu allem Überfluß wurde es auch noch an die Zusage der polnischen Regierung gebunden, 125.000 in Polen lebende deutschstämmige Menschen ausreisen zu lassen. Umso wichtiger ist die Tätigkeit des Maximilian-Kolbe-Werkes, das in Polen große Anerkennung gefunden hat.

⁵ Vgl. Irma Philipp, „Die deutsch-polnischen Beziehungen im Entspannungsprozeß“, Dissertation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen, 1980, S. 248 ff.

⁶ Siehe Alfons Erb, „Im Dienste der Versöhnung, Die Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werkes“, hrsg. von der Geschäftsstelle des Maximilian-Kolbe-Werkes, Karlstr. 40, 7800 Freiburg/Br. Über den neuesten Stand unterrichten die jährlichen Berichte, welche die Geschäftsstelle an die Mitglieder und Spender des Kolbe-Werkes verteilt.

Schließlich enthielt das Memorandum eine kirchenpolitische Forderung, die, wie sich später herausstellte, bei den polnischen Katholiken besondere Aufmerksamkeit erregen sollte, schon weil sie ihnen von deutscher Seite zum ersten Mal begegnete. Es heißt dort: „Ein Problem, das den Katholiken besonders angeht, ist der kirchenrechtliche Zustand der Oder-Neiße-Gebiete. In der Solidarität mit den polnischen Katholiken sind wir an einer vollen Normalisierung der rechtlichen und pastoralen Diözesanordnungen interessiert“ (S. 22). Als der Vatikan nach der Verabschiedung des Warschauer Vertrages daranging, in diesem Sinn die kirchliche Territorialfrage zu regeln, d. h. die Oder-Neiße-Gebiete nun auch formell der polnischen Kirche zuzuordnen, gab es in der Bundesrepublik nicht nur von den katholischen Vertriebenenverbänden, sondern auch von kirchenamtlicher Seite einigen Protest. In Rom ließ man sich letzten Endes nicht beirren. Nach alter Tradition wurde der kirchenrechtliche Status den politisch-territorialen Grenzbeziehungen angepaßt.

Als eine Art Antwort auf das Polen-Memorandum veröffentlichten die katholischen Vertriebenenverbände am 11. April 1968 eine „Erklärung“. Der Bensberger Kreis konnte sich mit vielen der darin enthaltenen Appelle und Einstellungen solidarisieren. Seine Sprechergruppe bekundete in einer Stellungnahme, daß man in folgenden Punkten übereinstimme: „In der Verurteilung aller Auswüchse des persönlichen und nationalen Egoismus, darunter auch aller Deportationen; in dem Bekenntnis zu einer politischen Haftung für das im Namen Deutschlands geschehene Unrecht und zur Wiedergutmachungspflicht gegenüber dem polnischen Volk; in der Ablehnung einer Vertreibung der in den Oder-Neiße-Gebieten wohnenden Polen; in der Bekämpfung jeder Politik, die die Existenzrechte des polnischen Volkes zum Handelsobjekt eigener oder fremder Interessen macht; in dem Willen zur Versöhnung und Kooperation mit dem polnischen Volk; in dem Ziel, übersteigerten Nationalismus zu überwinden und eine umfassende europäische Gemeinschaft zu verwirklichen.“ Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände hatte auch ausdrücklich die „Ansässigkeit“ der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Polen respektiert. Die Sprechergruppe des Bensberger Kreises macht sie darauf aufmerksam, daß aus dieser Anerkennung doch auch die Schlußfolgerung gezogen werden könnte, die Ostgebiete für Deutschland nicht mehr einzufordern. So gesehen sei die Aufgabe des völkerrechtlichen Anspruchs für Deutschland auch kein „ins Leere geworfener Verzicht“, sondern an Interessen von Menschen orientiert.

Die Erklärung griff auch ein Argument auf, das den Bensbergern oft entgegengehalten wurde: „Die öffentliche Meinung in Polen wird von der kommunistischen Partei bestimmt und die Deutschlandpolitik Polens wird von der Sowjetunion gesteuert. Damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung für die Verständigung von Volk zu Volk“. Gerade dieser Einwand könnte heute angesichts des immer noch geltenden „Kriegsrechts“ verstärkt vorgebracht werden. Die vielen Jahre, seit die sozialliberale Koalition ihre neue Ostpolitik in Gang gesetzt hat, beweisen das Gegenteil. Trotz der Systemunterschiede sind so viele positive Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zu beobachten, daß von einem wirklichen Versöhnungsprozeß gesprochen werden kann. Gerade nach dem Coup gegen die Gewerkschaft Solidarität kam es zu einer Fülle von materiellen Hilfsaktionen in der

westdeutschen Bevölkerung, die ihren Eindruck in Polen nicht verfehlt hat. Versöhnungsarbeit ist auch über viele Mauern möglich. Das findet in den polnisch-deutschen Beziehungen eine eindrucksvolle Bestätigung.

Nach der ostpolitisch entscheidenden Bundestagswahl im Jahre 1969 hat der Bensberger Kreis eine „politische Erklärung zu den polnisch-deutschen Fragen“ herausgebracht und darin die Bundesregierung aufgefordert, Polen ein Verhandlungsangebot zu unterbreiten, das folgendes enthalten sollte:

1. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern;
2. den gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung;
3. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze des polnischen Staates;
4. das Recht der Auswanderung unter menschlich und ökonomisch zumutbaren Bedingungen für die noch im polnischen Staatsverband lebenden Deutschen;
5. Minderheitenrechte für jene Deutschen, die in Polen zu verbleiben wünschen;
6. die Wiedergutmachung an den polnischen Opfern des nationalsozialistischen Terrors;
7. den Verzicht Polens auf weitere Reparationsforderungen;
8. ein Abkommen über den erweiterten Kultur- und Wirtschaftsaustausch sowie über Erleichterungen im Reise- und Besuchsverkehr zwischen beiden Ländern.

Vieles von dem ist tatsächlich in die Verhandlungen über den Warschauer Vertrag eingegangen. Über anderes kam es erst später zu Vereinbarungen.

Am 17. Juni 1971, verabschiedete der Bensberger Kreis eine Erklärung zur Ost- und Deutschlandpolitik, mit der die Politik der sozialliberalen Koalition nachdrücklich unterstützt wurde. Seit den Jahren 1966 bis 1968 hatte sich in der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik viel geändert. Viele Gruppen und Organisationen traten für die Ratifizierung der Ostverträge ein. So fand das, was der Bensberger Kreis publizierte bei weitem nicht mehr die Beachtung, die noch im Jahre 67/68 erreicht wurde. Daß es zu solchen politisch wirksamen Meinungsänderungen kommen konnte, ist zu einem gewissen Teil auch das Verdienst dieser kleinen Gruppe, der nicht selten „Schwärmerei“ und „Spinnerei“ vorgeworfen worden war.

In einer Sache haben auch wir uns falschen Hoffnungen hingegeben: In unseren Äußerungen war oft davon die Rede, daß eine Hinnahe des territorialen Status quo Voraussetzung für die wechselseitige Abrüstung sei. Nichts davon ist zustande gekommen. Im Gegenteil, die Hochrüstung hat diesseits und jenseits der Ost-West-Grenze dramatische Ausmaße angenommen. Der Bensberger Kreis hat sich im August 1982 in seinem Memorandum „Frieden — für Katholiken eine Provokation?“⁷ zu dieser bedrohlichen Entwicklung geäußert.

⁷ rororo aktuell 5114, Rowohlt Taschenbuch-Verlag Reinbek bei Hamburg, 1982.